

29. september:

In ganz Europa verabschieden die Regierungen Sparpakete gegen die Bevölkerung, um ihre milliardenschweren Rettungspakete für die Banken und Konzerne zu finanzieren. Für diese Kosten sollen wir zahlen. Die Banken, Broker, Wirtschaftsbosse und Reichen, die diese Krise maßgeblich (mit-) verursacht haben, werden hingegen nicht zur Kasse gebeten. Zeitgleich mit der Verabschiedung des Sparpakets durch die Bundesregierung am 2. September kann Ex-Bundesbankvorstand Sarrazin, begleitet von einem gewaltigen Medienecho, ungehindert seine rassistischen und islamfeindlichen Ausfälle gegenüber MigrantInnen verbreiten.

→ **Ein Zufall? Wohl kaum.** Es kommt den politischen und ökonomischen Eliten immer gelegen, die Menschen gegeneinander auszuspielen: Festangestellte gegen LeiharbeiterInnen, Geringverdienende gegen Erwerbslose, Erwerbslose gegen MigrantInnen, Männer gegen Frauen, die Liste ließe sich fortsetzen. Neu allerdings ist, dass die durch Sarrazin erzwungene „Integrationsdebatte“ nicht nur den rechten Rand der Gesellschaft bedient, sondern dass hier allgemein gültige gesellschaftliche Grundsätze geschaffen werden: Wer sich nicht anpasst, wird mit dem Verlust von sozialen Rechten bestraft.

→ **Das Sparpaket der Bundesregierung** trifft vor allem die Armen: die Geringverdienenden, Erwerbslosen, SozialleistungsempfängerInnen und MigrantInnen. Über 30 Milliarden EUR sollen im sozialen Bereich gekürzt werden: Das Elterngeld für Hartz IV-BezieherInnen soll gestrichen werden, WohngeldempfängerInnen sollen keinen Heizkostenzuschuss mehr erhalten, die Zuschüsse beim Übergang von

für einen heißen herbst!

ALG I zu ALG II sollen ebenfalls wegfallen. Das Sparpaket wird zur weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft beitragen: In Ortsteilen, wo kinderreiche Familien leben oder viele Menschen Sozialleistungen beziehen, wird das durchschnittliche Einkommen viel stärker sinken als in bürgerlichen Wohngebieten. In Bremen betragen die Einkommensverluste durch das Sparpaket im Durchschnitt 70,50 EUR pro Kopf, aber in Schwachhausen sind es nur 17,00 EUR, während es Gröpelingen mit 150,00 EUR pro Kopf jährlich trifft.

→ **Doch nicht nur durch die geplanten Sparmaßnahmen sollen wir für die Kosten der Krise zahlen, auch die Privatwirtschaft weiß die Krise zu ihrem Vorteil zu nutzen:** Zu Beginn der Krise ist es vor allem unter LeiharbeiterInnen zu massenhaften Entlassungen gekommen. Inzwischen hat sich die Exportwirtschaft erholt und die geschrumpften Belegschaften werden wieder mit LeiharbeiterInnen neu

auf zum

europaweiten aktionstag gegen die krisenpolitik der regierungen



bremer anti-krisen bündnis

...beteiligt euch an der
**demo gegen europaweiten sozi-
alabbau und die weltweite um-
verteilung von unten nach oben!**

**am 29.09. um 16:30 h
auftaktkundgebung
ab domshof**

**(bereits ab 15.30 Uhr:
ver.di-aktion auf dem domshof)**

aufgefüllt – allerdings müssen diese oft sehr viel schlechtere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in Kauf nehmen. Zugleich fordern Arbeitgeberverbände die Gewerkschaften dazu auf, Lohnzurückhaltung zu üben, „um den Aufschwung nicht zu gefährden“. Von diesem Aufschwung profitieren aber ausschließlich Unternehmen, Banken und Vermögende – unter tatkräftiger Mit- hilfe sämtlicher Regierungen der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte.

→ **So sollte nicht aus dem Blick geraten, dass die systematische Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen einen langen Vorlauf hat:** Insbesondere durch die Einführung der Hartz-Gesetze zwischen 2003 und 2005 wurden immer mehr Menschen gezwungen, für immer weniger Geld zu arbeiten. Aufgeweichter Kündigungsschutz und Hartz IV haben zu einer enormen Aus-
weitung des Niedriglohnssektors, befristeter Arbeitsverhältnisse und nicht sozialversicherungspflichtiger Jobs geführt. Hiervon sind in verstärktem Maße Frauen und Migran-
tInnen betroffen. Hartz IV

**wir
zahlen
nicht...**

bedeutet also staat- liche Subventionie- rung schlecht bezahlter Arbeit und Disziplinierung der Armen. Die Zu- nahme schlecht be- zahlter Arbeit hat außerdem dazu ge- führt, dass auch die

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den letzten Jahren einen beispiellosen Lohnabbau erlebt haben.

→ **Deutschland ist so innerhalb der EU zu einem Billig-
lohnparadies geworden.** Diesen Wettbewerbsvorteil nutzt die exportorientierte deutsche Wirtschaft, um Ex- traprofiten zu Lasten anderer Volkswirtschaften einzufah- ren. So hat Deutschland unter anderem die griechische Außenhandelsbilanz verhagelt und zur Staatsverschul- dung auch in anderen europäischen Ländern beigetra- gen. Diese Länder schüren jetzt ebenfalls massive Sparpakete gegen die Bevölkerung – dafür gesorgt haben mit massivem Druck insbesondere Deutschland, der IWF und die Europäische Zentralbank.

...für
eure
krise!

→ **Die Krise ist global:** Überall sind die **Ärm-
sten der Armen betrof-
fen.** Vor allem in den so
genannten Entwick-
lungsländern sind die
Menschen in ihrer Exi-
stenz bedroht: Die Zahl
der Hungernden ist um
über 200 Millionen in die
Höhe geschellt, unter
anderem deshalb, weil Spekulanten begonnen haben, mit
Nahrungsmitteln zu spekulieren. Weltweit fliehen Millio-
nen vor Hunger, Krankheit und Tod in den Norden, kön-
nen durch größere Arbeitslosigkeit aber immer weniger
Geld nach Hause schicken, was die Armut im globalen
Süden zusätzlich vergrößert. In Nordamerika oder Europa
leben MigrantInnen weitgehend entrechtet und werden
lediglich als billigste Arbeitskräfte geduldet und ge-
braucht. Wenn man sie nicht braucht, werden MigrantIn-
nen als Schmarotzer diffamiert und einfach wieder
abgeschoben.

→ **In vielen anderen europäischen Städten** wird es an die-
sem Tag Aktionen und Demonstrationen geben. In Griechen-
land und Spanien rufen die Gewerkschaften zu General-
streiks auf. In Brüssel wird anlässlich des Treffens der EU-
Finanzminister eine europaweite Demonstration stattfinden.

Keine Krisenlösung zu Lasten der Armen! Wir fordern:

→ **Nein zum Sparpaket, zur Kopfpauschale und weite-
ren Verschlechterungen im Gesundheitswesen! Ab-
schaffung aller Hartz-Gesetze und im ersten Schritt
eine Erhöhung des Regelsatzes auf 500 EUR! Arbeits-
zeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnaus-
gleich! 10,00 EUR Mindestlohn und Abschaffung der
Leiharbeit! Weg mit der Rente mit 67!**

**Die Reichen und Verursacher der Krise müssen zah-
len! Wir fordern:**

→ **Ob Vermögenssteuer, erhöhte Spitzensteuersätze
oder Finanztransaktionssteuer – die Besitzenden
sollten massiv zur Kasse gebeten werden. Nicht zu
hohe Kosten sind das Problem, sondern die fehlenden
Einnahmen.**

Für eine lebenswerte Gesellschaft fordern wir:

→ **Umfassende Investitionen in Bildung, Gesundheits-
wesen und Pflege! Banken und Schlüsselindustrien
müssen vergesellschaftet werden! Die öffentliche Da-
seinsvorsorge gehört unter gesellschaftliche Kon-
trolle bzw. in die öffentliche Hand! Rekommunali-
sierung der Versorgungs- und Infrastrukturbetriebe!**

→ **Wir fordern weltweit einen ökologischen Umbau
der gesamten Gesellschaft! Nein zur Verlängerung
der Laufzeiten für Atomkraftwerke, keine Geschenke
an die Atomindustrie!**

→ **Keine Krisenlösung auf Kosten ärmerer Weltregio-
nen! Schluss mit rassistischer Hetze gegen Migran-
tInnen! Gleiche Rechte für alle!**